

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/1132 –**

Globalisierung der Chance: Der Weg nach vorne für Europa

- b) dem Antrag der Abgeordneten Ursula Lötzer, Rolf Kutzmutz, Dr. Uwe-Jens Rössel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/954 –**

**Soziale und demokratische Weltwirtschaftsordnung
statt neoliberaler Globalisierung**

A. Problem

- a) Neubewertung alter Vorstellungen in der Wirtschaftspolitik. Formulierung und Umsetzung neuer Konzepte und einer angebotsorientierten Agenda durch die europäischen Staaten. Schaffung von Bedingungen, in denen bestehende Unternehmen sich entwickeln und neue Unternehmen entstehen und wachsen können.
- b) Einleitung von Schritten zur Beschränkung kurzfristiger Spekulationen an den Finanzmärkten im Rahmen der G8, Aufbau eines internationalen Kartellrechtes und internationale Harmonisierung der Besteuerung von transnationalen Konzernen, Initiativen für eine grundsätzliche Demokratisierung von IWF, Weltbank und WTO. Konsequente und weitreichende Entschuldung der Entwicklungsländer.

B. Lösung

Ablehnung der Anträge auf Drucksache 14/1132 und Drucksache 14/954.

Mehrheitsbeschluss im Ausschuss

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

E. Sonstige Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/1132 – abzulehnen und
- b) den Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/954 – abzulehnen.

Berlin, den 27. Oktober 1999

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Matthias Wissmann

Vorsitzender

Hartmut Schauerte

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Hartmut Schauerte

I.

Die Anträge wurden in der 44. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Juni 1999 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung überwiesen.

Der Antrag auf Drucksache 14/1132 wurde zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Der Antrag auf Drucksache 14/954 wurde dem Finanzausschuss, dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II.

Die Fraktion der F.D.P. fordert in ihrem Antrag – Drucksache 14/1132 –, alte Vorstellungen in der Wirtschaftspolitik neu zu bewerten und neue Konzepte zu entwickeln. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass die europäischen Staaten gemeinsam eine neue angebotsorientierte Agenda formulieren und umsetzen. Notwendig sei eine realistische und vorausschauende Politik, die in der Lage sei, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu erkennen. In einer Welt immer rascher fortschreitender Globalisierung und wirtschaftlicher Veränderung müssen nach Auffassung der antragstellenden Fraktion Bedingungen geschaffen werden, in denen bestehende Unternehmen sich entwickeln und neue Unternehmen entstehen und wachsen können. Die wichtigste Aufgabe der Modernisierung bestehe darin, in Humankapital zu investieren, um sowohl den Einzelnen als auch die Unternehmen auf eine wissensgestützte Wirtschaft der Zukunft vorzubereiten.

Die Fraktion der PDS stellt in ihrem Antrag – Drucksache 14/954 – fest, die Ablösung des Bretton-Woods-Systems durch das System der flexiblen Wechselkurse, die weltweite Liberalisierung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs, die jahrzehntelange Umverteilungspolitik zugunsten von Gewinnen und Vermögen sowie die transaktionsbeschleunigende Informations- und Kommunikationstechnologie hätten zu einer enormen Ausweitung des Handels auf den Finanzmärkten, heftigen Kursschwankungen, Instabilitäten und Wachstums Krisen auf den jeweiligen Binnenmärkten beigetragen. Die Bundesregierung soll im Rahmen der G8 Schritte zur Beschränkung kurzfristiger Spekulationen an den Finanzmärkten einleiten und eine Initiative zur Verbesserung der Bankenaufsicht ergreifen. Auch soll sie sich mit dem Ziel einer wirksameren Kontrolle der Konzerne im Sinne einer Wirtschaftsdemokratie unter anderem für den Auf-

bau eines internationalen Kartellrechtes und eine internationale Harmonisierung der Besteuerung von transnationalen Konzernen einsetzen.

Schließlich soll sie Folgeverhandlungen zum multilateralen Investitionsabkommen ablehnen und sich statt dessen dafür einsetzen, dass Verhandlungen über Investitionstätigkeiten im Rahmen der UNO geführt werden. Die Fraktion der PDS hält ferner Initiativen für eine grundsätzliche Demokratisierung von IWF, Weltbank und WTO sowie konsequente und weitreichende Schritte zur Entschuldung der Entwicklungsländer für erforderlich.

III.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 34. Sitzung am 16. September 1999 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der Koalitionsfraktionen bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der SPD, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P., bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 14/1132 – zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner 24. Sitzung am 29. September 1999 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der F.D.P., bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 14/1132 – zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 18. Sitzung am 29. September 1999 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 14/1132 – zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 1999 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der F.D.P., bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 14/1132 – zu empfehlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 1999 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der F.D.P., bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 14/1132 – zu empfehlen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 34. Sitzung am 16. September 1999 mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen bei einer Enthaltung aus der Fraktion der SPD sowie mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 14/954 – zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner 24. Sitzung am 29. September 1999 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 14/954 – zu empfehlen.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 1999 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS

beschlossen, die Ablehnung des Antrages – Drucksache 14/954 – zu empfehlen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Anträge in seiner 17. Sitzung am 27. Oktober 1999 abschließend beraten.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie beschloss mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der F.D.P., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 14/1132 – zu empfehlen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie beschloss mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 14/954 – zu empfehlen.

Berlin, den 27. Oktober 1999

Hartmut Schauerte

Berichterstatter

